

Achtung!
Am 8. und 29. März 2026
alle an die Urne!

Auf BEwährtes setzen – BEwährt wählen!

Als konservative Partei setzen wir auch bei den Wahlen auf Bewährtes – denn dies stellt sicher, dass die Schweiz Schweiz bleibt!



Mit diesem Leitfaden steigen wir in die Grossratswahlen. Auf unsren insgesamt 15 Listen kandidieren 224 Personen vollmotiviert für unseren Kanton Bern und unsere Schweiz. «BEwährt» ist auch das Motto der Bürgerlichen für die Regierungsratswahlen: Die erfolgreiche bürgerliche Vertretung in der Kantonsregierung soll verstärkt werden, angestrebt ist ein 5. Sitz für SVP, FDP und Mitte.

Gelebte Demokratie

Uns Bürgerlichen geht es dabei nicht um Macht um der Macht willen. Vielmehr soll das politische Gewicht wachsen, damit die bürgerlichen Werte in Parlament und Regierung sich noch besser durchsetzen können. Der Souverän bleibt aber das Volk! Und diese direkte Demokratie leben wir auch, z.B. mit dem Referendum zum Kunstmuseum, wo dank eines riesigen Efforts weit über 10'000

Unterschriften gesammelt werden konnten. Wir setzen uns auch hier für unsere zentralen Werte ein, also gesunde Finanzen, tiefe Steuern und mehr Freiheit durch mehr finanziellen Spielraum.

Freiheit gefährdet

Die Welt geht leider derzeit Richtung weniger Freiheit: EU-Unterwerfungsvertrag, Gesetzes- und Regulierungsflut im Namen des Klimaschutzes, Umverteilung unter dem Vorwand der sozialen Gerechtigkeit usw. Die SVP kämpft stets für mehr Freiheit. Freiheit ohne Sicherheit aber ist sinnlos. Die SVP setzt sich deshalb ein für Versorgungssicherheit, eine kontrollierte Migration sowie eine gut ausgerüstete Armee und Polizei, die ihren Auftrag ohne allzu starre Regulierungen zum Wohle der Bevölkerung erfüllen kann.

Nous défendrons tout cela, avec nos candidats, d'abord pendant la campagne électorale, puis au Grand Conseil et au Conseil d'État ! Besten Dank bereits jetzt für das Engagement bis am 29. März – die SVP will und wird diese Wahlen gewinnen!

Manfred Bühler, Nationalrat und Parteipräsident, Cortébert

STAND



Es ist kompliziert!

Im kalten Krieg war noch klar: Die im Westen sind die Guten und die im Osten die Schlechten, entsprechend war auch klar, dass jeder, der es durch den eisernen Vorhang in den Westen schaffte, mit offenen Armen als Flüchtling aufgenommen wird. Heute ist es komplizierter.

Auch im Leben: Früher hatten Mädchen in der Schule Handarbeiten und Buben Werken, und wer vor die Tür geschickt wurde, nahm das ganz ohne Anwalt und Eltern-intervention hin. Heute ist erst zu klären, als was sich das Kind gerade fühlt und ob es einen Nachteilsausgleich, einen Dolmetscher, Betreuer, Hafermilch oder sonst etwas braucht.

Auch das Wählen ist kompliziert. Man muss sich durch viel Papier durchkämpfen, für die digitale Jugend eine besonders grosse Challenge. Aber es lohnt sich! Mit einer SVP-Liste und einem Wahlzettel mit dem bürgerlichen Fünfer kann man in dieser komplizierten Welt etwas bewirken! Drum SVP wählen: damit das Leben wieder einfach normal wird und die Schweiz Schweiz bleibt!

Aliko Panayides
Geschäftsführerin/
Vize-Gemeindepräsidentin

Ein doppeltes Zeichen für Bargeld

Das Bargeld als unabhängiges Zahlungsmittel und der Schweizer Franken sind Grundpfeiler unseres Wohlstandes und einer freien, souveränen Schweiz. Schweizerinnen und Schweizer sollen selbst über ihre Währung bestimmen können.



Ziel der Initiative

Die Initiative hat zwei Ziele: Erstens muss der Bund – und nicht die Nationalbank SNB – eine genügende Menge an Bargeld sicherstellen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit dieses im Alltag tatsächlich nutzbar bleibt. Das schafft zwar keinen Annahmewang für die Privatwirtschaft, im öffentlich-rechtlichen Bereich sollen aber staatlich garantierte Zahlungsmittel nicht ausgeschlossen oder systematisch benachteiligt werden. Die Vorlage spricht bewusst und präzise von Noten und Münzen als physische, staatlich garantierte Zahlungsmittel. Zweitens sollen Volk und Stände das letzte Wort haben, bei grundlegenden Änderungen der Währung. Solche Entscheide gehörten in die Verfassung und unter das obligatorische Referendum.



digitale Zahlungsformen meinen könnte. Auch überträgt er die Verantwortung weitgehend der SNB, die Initiative hingegen verankert sie bewusst beim Bund.

Bargeld unter Druck

Zunehmend schränken öffentlich-rechtliche Einrichtungen Barzahlungen ein oder schliessen sie ganz aus. Dies betrifft u.a. den

öffentlichen Verkehr, Verwaltungen oder Veranstaltungen auf öffentlichem Grund. Bargeld ist staatspolitisch wichtig. Es ist Ausdruck staatlicher Souveränität und stärkt die demokratische Kontrolle. Für viele ist es das einfachste und zugänglichste Zahlungsmittel und steht für staatliche Resilienz und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» richtet sich nicht gegen digitale Zahlungssysteme, sondern fordert Klarheit der Zuständigkeiten, präzise Begriffe und demokratische Kontrolle – und dass über grundlegende Fragen des Geldsystems Volk und Stände entscheiden.

Deshalb: Ja zu den Bargeld-Vorlagen!

Thomas Knutti,
Nationalrat,
Weissenburg

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2026	
Wollen Sie die Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» annehmen?	Antwort <input checked="" type="checkbox"/> JA
Wollen Sie den Gegenvorschlag annehmen?	Antwort <input checked="" type="checkbox"/> JA
Stichfrage: Für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen werden:	
Soll die Volksinitiative oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?	
<input checked="" type="checkbox"/> Volksinitiative	<input type="checkbox"/> Gegenvorschlag

Parole der DV SVP BE: Ja (grossmehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Parole der DV SVP BE: Ja (grossmehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Stichfrage:
Initiative 195 Stimmen,
Gegenentwurf 53 Stimmen

Un double soutien à l'argent liquide

L'argent liquide en tant que moyen de paiement indépendant et le franc suisse sont les piliers de notre prospérité et d'une Suisse libre et souveraine. Les Suisses doivent pouvoir décider eux-mêmes de leur monnaie.

Objectifs

L'initiative poursuit deux objectifs : premièrement, c'est la Confédération – et pas la BNS – qui doit garantir une quantité suffisante d'argent liquide et de créer les conditions nécessaires pour que celui-ci reste effectivement utilisable au quotidien. Cela n'impose certes aucune obligation d'acceptation au secteur privé, mais dans le domaine public, les moyens de paiement garantis par l'État ne doivent pas être exclus ou systématiquement dévantagés. Le projet mentionne délibé-

rement les billets et les pièces comme moyens de paiement physiques garantis par l'État. Deuxièmement, le peuple et les cantons doivent avoir le dernier mot lorsqu'il s'agit de modifications fondamentales de la monnaie. De telles décisions doivent être inscrites dans la Constitution et soumises à un référendum obligatoire.

La contre-proposition reconnaît certes la nécessité d'agir, mais ne mentionne pas clairement les billets et les pièces, utilisant le terme imprécis de « monnaie fiduciaire ». Elle transfère également la responsabilité à la BNS, alors que l'initiative l'attribue délibérément à la Confédération.

L'argent liquide sous pression

Les institutions de droit public limitent de plus en plus les paiements en espèces.

Cela concerne notamment les transports publics, les administrations ou les manifestations organisées sur le domaine public. L'argent liquide revêt une importance politique. Il est l'expression de la souveraineté de l'État et renforce le contrôle démocratique. Pour beaucoup, c'est le moyen de paiement le plus simple et le plus accessible.

L'initiative populaire « L'argent liquide, c'est la liberté » ne s'oppose pas aux systèmes de paiement numériques, mais exige la clarté des compétences, la précision des termes et le contrôle démocratique – et que le peuple et les cantons décident des questions fondamentales relatives au système monétaire.

C'est pourquoi il faut dire oui aux projets sur l'argent liquide !

1x zahlen reicht! JA zur SRG-Initiative, 200 Fr. sind genug

Die von der SVP eingereichte Initiative fordert folgende Ergänzung der Bundesverfassung:
Art. 93, Abs. 6: «... eine Abgabe von 200 Franken pro Jahr ausschliesslich von privaten Haushalten. Juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen bezahlen keine Abgabe.»

Die Gebühren-Senkungs-Initiative wird unterstützt von EDU, Jungfreisinnige Schweiz, Junge SVP, Lega dei Ticinesi und SVP sowie vom Schweizerischen Gewerbeverband sgv und GastroSuisse. Die Argumente der Befürworter sind richtig. Die Initiative sorgt dafür, dass privaten Haushalten neu Fr. 200 statt bisher Fr. 335 pro Jahr in Rechnung gestellt werden und so allen Haushalten mehr Geld zum Leben bleibt. Für alle KMUs und Unternehmen entfällt die Steuer, es gibt somit auch keine Doppelbelastung mehr. Letzteres wurde bereits 2019 vom Bundesgericht als «verfassungswidrige Steuer» beurteilt.



die Schweizer Bevölkerung mit hochqualifizierten Radio- und TV-Programmen in allen Sprachregionen zu versorgen. Auch der Bundesrat erkennt den Bedarf einer Entlastung der Haushalte und Unternehmen, obwohl er die Initiative ablehnt. Er will auf Verordnungsebene eine Senkung der Haushaltabgabe auf Fr. 300 bis 2029 erwirken und Unternehmen mit weniger als 1,2 Mio. Franken Umsatz von der Abgabe befreien. Dies ist allerdings nicht ausreichend. Deshalb: **JA zur SRG-**

Initiative! 200 Fr. sind genug – 1x Zahlen reicht!

Hans Jörg Rüegsegger,
Nationalrat, Riggisberg



Une seule contribution suffit ! OUI à l'initiative SSR; 200 francs, c'est suffisant

L'initiative demande que la Constitution fédérale soit complétée pour que la redevance soit réduite à 200 francs par an et prélevée exclusivement auprès des ménages privés.

L'initiative est soutenue par l'UDC, l'UDF, les Jeunes libéraux-radicaux suisses et la Lega dei Ticinesi, ainsi que par l'Union suisse des arts et métiers usam et GastroSuisse. Les arguments des partisans sont justes. L'initiative prévoit que les ménages privés soient désormais facturés 200 francs par an au lieu de 335 francs actuellement, ce qui leur permettra de disposer de plus d'argent pour vivre. Toutes les entreprises seront exonérées de cette taxe, ce qui mettra fin à la double imposition. Cette dernière avait déjà été jugée « inconstitutionnelle » par le Tribunal fédéral en 2019.

activités bien au-delà du service public prévu par sa concession. Elle opère en dehors de sa mission principale et fait ainsi concurrence au secteur privé. L'initiative vise à ce que la SSR se concentre à nouveau sur sa mission principale !

850 millions, c'est suffisant

Les opposants craignent un « exsangue » de la SSR en raison de la perte de recettes de 800 millions de francs, mais la SSR disposerait encore de 850 millions de francs pour fournir à la population suisse des programmes radio et télévision de haute qualité dans toutes les régions linguistiques.

Le Conseil fédéral reconnaît lui aussi la nécessité d'alléger la charge pesant sur les ménages et les entreprises, bien qu'il rejette l'initiative. Il souhaite obtenir, au niveau réglementaire, une réduction de la redevance de 300 francs d'ici 2029 et exonérer les entreprises dont le chiffre d'affaires est inférieur à 1,2 million de francs. Cela n'est toutefois pas suffisant. C'est pourquoi : **OUI à l'initiative SRG ! 200 francs, c'est suffisant – payer une seule fois suffit !**

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra		MUSTER	
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2026			
Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»:		Antwort	
		JA	

Parole der DV SVP BE: Ja
(grossmehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen
und 1 Enthaltung)

Nein zum Klima-Schuldenfonds

Die Initiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik – Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» wird von Bundesrat, Parlament, allen bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft abgelehnt.



Mehr Staat – weniger Freiheit

Die Initiative will einen staatlichen, politisch gesteuerten Klimafonds: Anstatt unternehmerische Innovation zu fördern, sollen künftig staatliche Stellen entscheiden, wo gebaut wird. Wir sehen bereits, wohin das führt: Wird ein Stausee geplant, folgen zig Auflagen und Kompensationsmassnahmen. Projekte von nationalem Interesse werden wegen immer neuen Forderungen blockiert und verteuert. **Ideologie ersetzt**

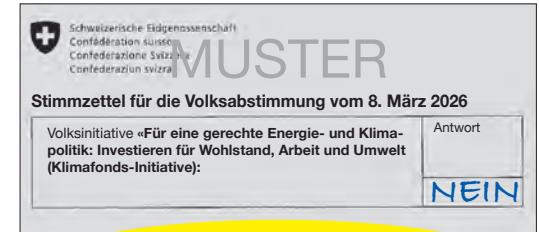
unternehmerische Vernunft, die Folgen sind weniger Investitionen, mehr Bürokratie und weniger Planungssicherheit.

Massive Kosten ohne Nutzen

Der Fonds soll mit 0,5-1% des BIP, d.h. bis zu **10 Mia. pro Jahr** geäufnet werden, finanziert durch neue Schulden ausserhalb der Schuldenbremse – ein Schuldenberg von 200 Mia. bis 2050! Zur Gegenfinanzierung bräuchte es massive **Steuererhöhungen**. Die MWSt würde um 2,5 Prozentpunkte steigen, dies kostet jeden Haushalt bis zu 1280.– pro Jahr! Auch bräuchte es Kürzungen bei anderen Ausgaben, also **weniger Mittel für Sicherheit, Infrastruktur, Landwirtschaft etc.** Die Belastung für Wirtschaft und Bevölkerung wären enorm. Und dies ohne Nutzen, die Schweiz verursacht weniger als 0,1% der weltweiten CO₂-Emissionen.

Schweiz tut bereits viel

Der Fonds ist unnötig: Die Schweiz investiert bereits **über 3 Mia. pro Jahr** in Klimaschutz, die Emissionen wurden seit 1990 um 26% reduziert – ohne Klima-Schuldenfonds! Dieser würde bestehende, effiziente Massnahmen verdrängen. Auch muss man



sich die internationale Realität vor Augen halten: An der Klimakonferenz 2025 wurden keine verbindlichen Ziele beschlossen, grosse Emittenten wie China, Indien und die USA machen nicht mit.

Fazit

Der Fonds gefährdet die finanzielle Stabilität der Schweiz, ist ein Angriff auf die Schuldenbremse, führt zu einer hohen Neuverschuldung und massiven Steuererhöhungen und verschlechtert unsere Klimapolitik. **Darum: NEIN zum Klima-Schuldenfonds.**

Ernst Wandfluh, Nationalrat, Kandergrund



Non au fonds climat

L'initiative « Pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat) » est rejetée par le Conseil fédéral, le Parlement, tous les partis bourgeois et les milieux économiques.

Plus d'État – moins de liberté

L'initiative vise à créer un fonds climat piloté par les pouvoirs publics : au lieu d'encourager l'innovation entrepreneuriale, ce sont désormais les autorités publiques qui décideront où construire. Nous voyons déjà où cela mène : lorsqu'un lac de barrage est prévu, des dizaines de conditions et de mesures de compensation s'ensuivent. Les projets d'intérêt national sont

bloqués et renchérissent par des exigences sans cesse renouvelées. L'idéologie remplace la raison entrepreneuriale.

Des coûts énormes sans aucun bénéfice

Le fonds devrait être alimenté à hauteur de 0,5 à 1 % du PIB, soit jusqu'à **10 milliards par an** ! Pour le financer, il faudrait procéder à des **augmentations d'impostes massives**. La TVA augmenterait, ce qui coûterait jusqu'à 1280 francs par an à chaque ménage ! Il faudrait également réduire d'autres dépenses. La charge pour l'économie et la population serait énorme. Et cela sans aucun bénéfice, car la Suisse est responsable de moins de 0,1 % des émissions mondiales de CO₂.

La Suisse en fait déjà beaucoup

La Suisse investit déjà plus de 3 milliards par an dans la protection du climat, les émissions ont été réduites de 26 % depuis 1990 – sans fonds ! Ce fonds supplanterait les mesures efficaces existantes. Il faut également garder à l'esprit la réalité internationale : aucun objectif contraignant n'a été fixé lors de la conférence sur le climat de 2025, et les grands émetteurs ne participent pas.

Conclusion

Ce fonds met en péril la stabilité financière de la Suisse, entraîne un nouvel endettement élevé et des augmentations d'impostes massives, et détériore notre politique climatique. **C'est pourquoi nous disons NON au fonds climat.**

Kompliziert, ungerecht und teuer: Nein zur Individualbesteuerung

**Eine breite überparteiliche Allianz lehnt die Vorlage entschieden ab.
Die angebliche Lösung gegen die sogenannte Heiratsstrafe schafft
neue Ungerechtigkeiten und verursacht hohe Kosten.**

Reiche Doppelverdiener profitieren – höhere Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung

Die Individualbesteuerung benachteiligt insbesondere Ehepaare mit nur einem Einkommen und Familien mit geringem Zweitinkommen. Profitieren würden wenige Doppelverdiener-Ehepaare mit sehr hohen Einkommen und reiche Rentnerpaare, die grosse Mehrheit der Bevölkerung hätte eine höhere Steuerbelastung.

Ein Bürokratiemonster ohne Mehrwert

Künftig müssten alle Ehepaare zwei Steuererklärungen einreichen: jährlich rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen! Um diese zu bearbeiten, müssten Kantone und Gemeinden über tausend zusätzliche Vollzeitstellen schaffen – ohne jeglichen Mehrwert. Ehepaare müssten ihr gemeinsames Vermögen – Bankkonten, Liegenschaften etc. – wie bei einer Scheidung künstlich aufteilen. Dies führt zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand.

Von den Kantonen klar abgelehnt

21 von 26 Kantonen lehnen die Vorlage ab und 10 Kantone haben gar ein Kantonsreferendum lanciert. Über 65'000 Unterschriften wurden für das Volksreferendum gesammelt – ein deutliches Zeichen des Widerstands von Volk und Ständen. Im Parlament wurde die Individualbesteuerung nur äusserst knapp angenommen. Ein derart tiefgreifender Umbau des Steuersystems lässt sich mit einem so geringen politischen Rückhalt nicht rechtfertigen.



Compliqué, injuste et coûteux : non à l'imposition individuelle

Une large alliance multipartite rejette le projet. La prétendue solution contre la « pénalisation du mariage » crée de nouvelles injustices et engendre des coûts élevés.

Les couples riches à deux revenus en profitent – des impôts plus élevés pour la majorité de la population

L'imposition individuelle pénalise en particulier les couples mariés disposant d'un seul revenu. Seuls quelques couples mariés à deux revenus très élevés et les couples de retraités riches en profiteraient, tandis que la grande majorité de la population verrait sa charge fiscale augmenter.

Un monstre bureaucratique sans valeur ajoutée

À l'avenir, tous les couples mariés devraient remplir deux déclarations d'impôt : cela représenterait environ 1,7 million de déclarations supplémentaires par an ! Pour les traiter, les cantons et les communes devraient créer plus d'un millier d'emplois à plein temps, sans aucune valeur ajoutée. Les couples mariés devraient diviser artificiellement leur patrimoine commun (comptes bancaires, biens immobiliers, etc.) comme dans le cas d'un divorce. Cela entraînerait une charge administrative supplémentaire considérable.

Clairement rejeté par les cantons

21 cantons sur 26 rejettent le projet et 10 cantons ont même lancé un référendum cantonal. Plus de 65 000 signatures ont été recueillies pour le référendum populaire, ce qui témoigne clairement de la résistance du peuple et des cantons.

Au Parlement, le projet n'a été accepté qu'à une très faible majorité. Une réforme aussi profonde du système fiscal ne se justifie pas avec un soutien politique aussi faible.

De meilleures solutions

La discrimination fiscale des couples mariés (« pénalisation du mariage ») peut être supprimée beaucoup plus facilement. La majorité des cantons l'ont déjà démontré. Il n'est donc pas nécessaire de procéder à une refonte complète du système.

Une large alliance dit non

La résistance est soutenue par une large alliance, qui comprend notamment Le Centre, l'UDC, le PEV et l'UDF, ainsi que des organisations telles que l'Union suisse des arts et métiers (USAM), l'Union suisse des paysans (USP) et de nombreux gouvernements cantonaux.



Bessere Lösungen

Die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare («Heiratsstrafe») kann viel einfacher abgeschafft werden. Das hat die Mehrheit der Kantone bereits gezeigt. Es besteht also kein Bedarf für einen kompletten Systemumbau.

Breite Allianz sagt Nein

Der Widerstand wird von einer breiten Allianz getragen, zu der unter anderem Die Mitte, SVP, EVP und EDU gehören sowie Organisationen wie der Schweizerische Gewerbeverband (sgv), der Schweizer Bauernverband (SBV) und zahlreiche Kantonsregierungen.

Katja Riem, Nationalrätin, Kirchdorf

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confédération Suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	
MUSTER	
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2026	
Bundesgesetz über die Individualbesteuerung:	
NEIN	Antwort

Parole der DV SVP BE: **Nein**
(mit 240 Stimmen bei 2 Ja-Stimmen
und 6 Enthaltungen)

**Oberland
Listen 9, 10 + 11**


Nils Fiechter
1996, Oberwil i.S.
Gemeindeverwalter,
Präsident JSVP
Schweiz

Stephanie Gartenmann
2002, Lauterbrunnen
Bachelor of Law,
Masterstudentin

Barbara Josi
1965, Wimmis
Kauffrau

Anne Speiser
1961, Zweisimmen
Laborantin

Andreas Allenbach
1985, Frutigen
Maschinenbautech-
niker HF, Unternehmer



Simon Bach
1997, Turbach
Landwirt, Agronom



Mathias Baumann
1980, Interlaken
Zimmermann



Fabian Bieri
1994, Reichenbach i.K.
Sachbearbeiter



Michael Blatti
1983, Oberwil i.S.
Landwirt, Besamungs-
techniker



Jolanda Brunner
1961, Spiez
Gemeindepräsidentin
Spiez



Rudolf Buchser
1962, Adelboden
Geschäftsführer
Kiosktreff



Peter Bütschi
1964, Frutigen
Betontechnologe FH



Christian Däpp
1972, Aeschiried
Holzbauunternehmer



Elisabeth Grünenwald
1968, Zweisimmen
Wirtin & kaufm.
Angestellte



Jürg Grünenwald
1973, Matten b.St.S.
Landwirt



Mario Hählen
1971, Turbach
Feueraufseher VFK,
Fachperson Bauin-
spektorat



Erich Häslar
1964, Interlaken
Fotograf, Unternehmer



Thomas Klossner
1974, Latterbach
Bauführer



Ulrich Kohler
1975, Schattenhalb
Fachberufsunteroffi-
zier der Militärpolizei



Roman Lanz
1961, Kandergrund
Kundendienstberater
K + L



Christian Lauener
1973, Lauterbrunnen
Zimmermann und
Landwirt



René Müller
1968, Lenk i.S.
Lehrer, Gemeinde-
präsident



Adelheid Rubi Huber
1974, Hasliberg-Reuti
Betriebsdisponentin,
Gemeindepräsidentin



**Cornelia
Schallenberg**
1976, Lauenen
Gemeindeangestellte



Daniel Schenk
1966, Interlaken
Hausarzt



Miriam Schneider
1981, Kandersteg
Gärtnerin, Bäuerin



Reto Siegrist
1984, Grund b. Gstaad
Eidg. dipl. Käsermeis-
ter HFP, Geschäftsführer



Bruno Stucki
1987, Wimmis
Geschäftsführer



Ruth Sumi
1962, Weissenburg
Bäuerin



Marcel von Allmen
1982, Interlaken
Teamleiter Lokpersonal



Hans Wenger
1981, Zwischenfluh
Landwirt, Viehhändler



Ulrich Zimmermann
1967, Spiez
Haustechnikplaner
Heizung



**Thun
Listen
10, 11 + 12**



Bernhard Brügger
1979, Höfen b. Thun
Eidg. dipl. Meister-
landwirt, Grossrat



Reto Jakob
1977, Steffisburg
Gemeindepräsident,
Grossrat



Samuel Krähenbühl
1977, Unterlangenegg
Grossrat / Chefredakteur



Raphael Lanz
1968, Thun
Stadtpräsident /
Dr. iur., Fürsprecher



Roland Amstutz
1962, Schwendibach
selbstständig



**Tanja Ramona
Bärtschi-Joss**
1993, Heimberg
Bäuerin, Agro-
Kauffrau



Lara Beer
1995, Uetendorf
Programmiererin



Thomas Bieri
1972, Thun
Treuhänder mit eidg.
Fachausweis



Valentin Borter
1995, Thun
Unternehmer



**Myriam Christine
Bühler**
1974, Thierachern
dipl. Wirtschaftsprüferin,
Projektkauffrau



Christoph Dähler
1981, Seftigen
Bereichs- und
Projektleitung Holzbau



Philipp Deriaz
1977, Thun
Berufsoffizier,
Unternehmer



Carla Sophie Durand
1998, Amsoldingen
dipl. Gemeindeschreiberin



Isabel Glauser
1975, Thierachern
Führungscoach,
Kleinkinderzieherin



Andreas Gruber
1970, Sigriswil
Ingenieur Agronom FH



Johann Gruber
1979, Teuffenthal BE
eidg. dipl. Holzbau-
Meister, Unternehmer



Reto Haldimann
1979, Buchen
Holzbau-Meister



Stefan Hänni
1984, Gurzelen
Landwirt, Unter-
nehmer



Yannick Herzog
2006, Seftigen
Informatiker Plattform-
entwicklung



Marcel Kümin
1975, Uetendorf
Berufsoffizier



Christoph Lauener
1979, Thun
Unternehmer,
Business Coach



Micha Leiser
1985, Reutigen
Techn. Einkäufer



Jürg Marti
1979, Steffisburg
Betriebsökonom FH,
Unternehmer



Karin Marti-Frydig
1979, Uetendorf
Familienfrau,
Gemeinderätin



Hansruedi Maurer
1967, Steffisburg
Dachdecker selb-
ständig



Marco Meister
1988, Reutigen
Auftragssteurer
Logistikbasis der
Armee

					
Christian Michel 1975, Heimberg Projektingenieur	Trudi Mösching-Signer 1963, Uetendorf Exportfachfrau FA / Gemeindepräsidentin	Christoph Peter 1976, Herbligen Berufsfachschullehrer, Ingenieur Agronom FH	Simon Reber 1972, Heimenschwand Buchhalter	Hans-Peter Reusser 1959, Gurzelen Landwirt, Agro-Treuhänder	Eveline Salzmann 1974, Thun Gemeinderätin Thun, Rechtsanwältin
					
Reto Schertenleib 1979, Thun Gemeinderat Stadt Thun	Adrian Christian Siegenthaler 1978, Blumenstein Berufsoffizier	Patrik Siegrist 1994, Heimenschwand Meisterlandwirt	Daniela Franziska Stettler 1977, Homberg Teamleitung Hauswirtschaft	Richard Tschanz 1984, Eriz Polizist, Gemeindepräsident	Daniel Wagner 1974, Heimberg Chef Sicherheit / Alarmzentrale VBS
		Mittelland Süd Listen 9 + 10 		bisher 	bisher 
Thomas Winkler 1991, Schwarzenegg Berufsmilitär, Unternehmer	Daniel Edwin Zeller 1967, Thierachern Pfarrer / Pastor	Verena Aebsicher 1989, Guggisberg Gemeindeschreiberin	Toni Brunner 1973, Landiswil Käser, Chauffeur	Benjamin Marti 1970, Mittelhäusern Betriebswirtschafter HF	
bisher 	bisher 	bisher 	bisher 	bisher 	bisher 
Roland Iseli 1965, Rüschegg Heubach Gastronom	Reto Zbinden 1985, Mittelhäusern Leiter Agrar LANDI Schwarzwasser, Grossrat	Fabian Zulliger 1971, Gerzensee Unternehmer, Bern. Dipl. Gemeindeschreiber	Susanne Bähler 1970, Münsingen Gastronomin, Unternehmerin Elektro	Oliver Bärtschi 2001, Konolfingen Technischer Hauswart	Yannik Beugger 1997, Wichtrach Kaufmann EFZ, Student Geschichtswissenschaften
					
Michael Bürki 1978, Riggisberg Kaufmann, Gemeindepräsident	André Furrer 1974, Bleiken b. Oberdiessbach Meisterlandwirt	Roland Geiger 1959, Kehrsatz Rechtsanwalt	Nicolas Gerber 2005, Zäziwil Zimmermann EFZ	Michael Gilgen 1998, Oberwangen Landwirt, Agrotechniker HF	Lian Graf 2005, Zäziwil Autobilmechatroniker Nutzfahrzeuge EFZ



Urs Haslebacher
1975, Lohnstorf
Meisterlandwirt,
Gemeindepräsident



Fredy Hauser
1979, Rüeggisberg
Rechtsdienst Bank,
Gemeinderat



Xenia Imboden
2007, Niederscherli
Landwirtin EFZ i.A.



Roman Keusen
1998, Kirchdorf
Förster HF



Christa Krähenbühl
1982, Oberhünigen
Floristin, Bäuerin



Brigitte Masshardt
1984, Mühlenthalen
Bauverwalterin,
Gemeinderätin



Barbara Mischler
1970, Mamishaus
Kauffrau, Bid Managerin



Jeannette Mosimann
1983, Kirchdorf
Betriebsökonomin,
Tourismusfachfrau HF



Joel Rüegsegger
2005, Riggisberg
Kaufmann öffentliche
Verwaltung, Gemeinderat



Ronny Thöni
1991, Walkringen
Leiter Sanitärservice,
Servicetechniker



Klaus Vifian
1969, Mamishaus
Landwirt, Kaufmann



Leana Waber
1996, Kiesen
Agronomin FH.
Geschäftsführungsmitglied



Sarah Wölfl
1993, Wabern
Finanzbuchhalterin,
Betriebswirtschafterin
i.A.



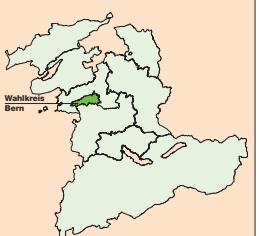
Christoph Zbinden
1982, Oberthal
Unternehmer,
Generalagent



Roel Zulliger
2004, Niederwangen
Sicherheitsmitarbeiter



**Bern
Liste 15**



Thomas Fuchs
1966, Bern
Unternehmer, a.
Nationalrat



**Henri-Charles
Beuchat**
1968, Bern
Treuhänder, a. Stadtrat



Michel Bösiger
1964, Spiez
Berufsoffizier, Instruktionsoffizier



Eliane Burn
1982, Bern
Kaufmännische Angestellte



Alexander Feuz
1964, Bern
Rechtsanwalt, Stadtrat



Rudolf Friedli
1967, Bern
Rechtsanwalt, alt
Stadtratspräsident



Thomas Glauser
1973, Bern
dipl. Landwirt, Stadtrat



Erich Hess
1981, Bern
Unternehmer,
Lastwagenführer



Bernhard Hess
1966, Bern
Geschäftsführer,
Stadtrat



Stephan Ischi
1972, Bern
Finanz- und Anlage-experte



Ueli Jaisli
1956, Bern
Holzkaufmann,
Stadtrat



**Monika
Kammermann**
1964, Bern
Kaufmännische Angestellte



Daniel Michel
1974, Bern
Briefträger



Roger Mischler
1965, Bern
Konstruktions-schlosser, Eid. Dipl.
Industriemeister



Niklaus Mürner
1977, Bern
Rechtsanwalt



Roger Nussbaumer
1986, Bern
Sicherheitsfachmann mit eidg. Fachausweis



Paul Schüpbach
1956, Bern
Kaufmann



Anna Thüler
1965, Bern
Buchhalter



Anissa Weyermann
1998, Utzensdorf
Immobilienbewirtschafterin FA



Janosch Weyermann
1995, Bern
Immobilienverwalter,
Stadtrat

Mittelland Nord Liste 13



bisher
Daniel Bichsel
1969, Zollikofen
Gemeindepräsident

bisher
Annegret Hebeisen-Christen
1966, Münchenbuchsee
dipl. KMU Geschäftsfrau
SIU, Bäuerin

bisher
Peter Salzmann
1964, Mülchi
Landwirt

bisher
Kurt Wenger
1953, Meikirch
Unternehmer,
Mandatsleiter

Andreas Brunner
Münchenbuchsee
Informatiker, Senior
SAP Berater



Nadine Buache
Jegenstorf
Treuhänderin mit eidg.
FA i.A.



Marco Bucheli
1983, Zollikofen
Führungsberuf
eidg. FA, Betriebs-
ökonom FH



Markus Burren
1972, Zollikofen
Unternehmer, Landwirt



Michael Christen
1984, Stettlen
Eidg. dipl. Gärtnermeister,
Unternehmer



Bruno Fivian
1973, Worb
Unternehmer



Andrea Geissbühler
1976, Bäriswil
Unterstufenlehrerin,
Vizegemeindepräsidentin



Marlise Gerteis-Schwarz
1971, Neuenegg
Gemeindepräsidentin,
Direktionsassistentin



Silvia Jäger
1976, Utzenstorf
Geschäftsführerin,
Vizegemeindepräsidentin



Alikia Maria Panayides
1964, Ostermundigen
Dr. phil. hist. / Vize-
Gemeindepräsidentin



Andreas Remund
1979, Wohlen b. Bern
Landwirt, Ing.
Agronom FH



Romeo Ruoss
1986, Zollikofen
Landwirt



Adrian Rutsch
1977, Ostermundigen
Unternehmer im
Automobilgewerbe,
Carrossier



Andreas Schlecht
1966, Mühlberg
Unternehmensleiter /
Immobilientreuhänder



Samuel Tschumi
1993, Limpach
Landwirt EFZ i.A.,
Schulleiter



Ursula Weber-Zbinden
1960, Bremgarten b. Bern
Gemeinderätin / medizinische Praxisassistentin

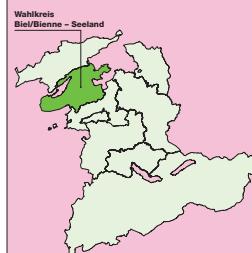


Roger Winkler
1973, Gümligen
Berufsberufsmilitär



Angie Wuffli
1988, Herrenschwanden
Unternehmerin

**Biel/Bienne – Seeland
Liste 13**



bisher



Jann Fritz Bangerter
1992, Bern
Arzt / Landwirt



Nadja Günthör
1965, Erlach
Dipl. PersonalCoach /
Ausbildnerin



Mathias Müller
1970, Orvin
Berufsoffizier / lic. phil.



Sandra Schneider Herzog
1991, Biel
Grossräatin / Kauffrau
EFZ



Hans Schori
1961, Wiler b. Seedorf
Berufsoffizier /
Ing. Agr. FH

bisher



Adrian Spahr
1994, Lengnau BE
Polizist mit eidg.
Fachausweis / Vize-
Gemeindepräsident



Brice Achermann
1997, Biel/Bienne
Ingénieur de
production



Julien Brault
1991, Biel/Bienne
Résponsable Achats



Patrick Demierre
1991, Biel/Bienne
Eidg. dipl. Elektroin-
stallateur / Geschäftsführer



Kylian Di Gaetano
2003, Biel/Bienne
Informaticien de
gestion ES



Martin Eggi
1963, Busswil b. Büren
Fachverantwortlicher
Entwicklung Medizinal-
produkte



Simon Getzmann
1992, Biel/Bienne
Betriebsökonom /
Agenturleiter



Laurent Giauque
1965, Magglingen/Macolin
Economiste (lic.oec.) /
formateur en management



Philippe Habegger
1978, Brügg BE
Economiste d'entreprise



Patrick Häni
1980, Lyss
Polizist / Unternehmer



Ursula Jakob-Schmid
1974, Ins
Unternehmerin /
Bäuerin



Bernhard Lamprian
1965, Ipsach
Landschaftsgärtner



Stefan Maurer
1979, Biel/Bienne
Elektrotechniker HF /
Geschäftsführer



Raynald Richard
1965, Müntschemier
Maschineningenieur



Martina Ryser-Schlup
1989, Schüpfen
Bäuerin mit Fachausweis /
dipl. Agrotechnikerin HF



Michael Scheurer
1980, Lyss
Unternehmer / CEO



Daniel Schlunegger
1990, Büren an der
Aare
Unternehmer / Dr. phil.



Ivan Schmid
1973, Arch
Inhaber und
Geschäftsführer /
Gemeindepräsident



Janik Thomas Schwab
1996, Bargen BE
Junior-Bauführer
Gemeinderat



Ursula Schwab-Brauen
1972, Walperswil
Kundenberaterin Post /
Bäuerin



Jacqueline Weber-Henggi
1968, Kallnach
Dipl. Gemeindeschreiberin / Bauverwalterin



Raphael Zwahlen
1988, Busswil BE
Geschäftsleiter /
Betriebswirt

**Oberaargau
Liste 2**


Beat Bösiger
1970, Niederbipp
Gemüseproduzent/
Unternehmer



Patrick Freudiger
1984, Langenthal
Selbständiger Rechts-
anwalt; Dr. iur;
Gemeinderat



Martin Lerch
1955, Langenthal
Rechtsanwalt,
Gemeinderat



Samuel Leuenberger
1962, Bannwil
Landwirt, Unterneh-
mer



Andreas Schüpbach
1958, Huttwil
Gastwirt und Landwirt



Christine Fahrni
1971, Rumisberg
Bäuerin und Sozialdia-
konische Mitarbeiterin



Benjamin Kurt
1989, Roggwil
Schreiner /
Geschäftsführer



Monika Lang
1964, Herzogenbuchsee
Kauffrau



Sabrina Schlegel
1985, Oschwand
Agronomin /
Landwirtin



Marcel Sommer
1985, Huttwil
Geschäftsstellenleiter,
Finanzplaner



Sonja Straumann
1972, Eriswil
Geschäftsführerin und
Verwaltungsrätin



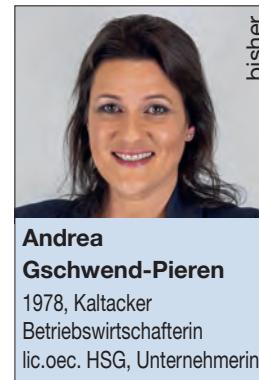
Cornelia Wächli
1971, Langenthal
Unternehmerin
Garten- und Haus-
wartung


**Emmental
Listen 6 + 7**


Rudolf Fischer
1968, Bätterkinden
Meisterlandwirt



Ueli Gfeller
1962, Schangnau
Landwirt



**Andrea
Gschwend-Pieren**
1978, Kaltacker
Betriebswirtschafterin
lic.oec. HSG, Unternehmerin



Roland Ryser
1967, Affoltern im
Emmental
Landwirt



Walter Sutter
1961, Langnau
eidg. dipl. Landwirt



David Aebi
1989, Bätterkinden
Landwirt, Gründer und
Geschäftsführer
Agrarpiloten GmbH



Christian Baumann
1964, Emmenmatt
Landwirt, Gemeinde-
präsident



Beat Fuhrer
1965, Wasen im
Emmental
Leiter Betrieb und
Technik / Schreiner



**Silvia
Gehret-Chevalley**
1977, Signau
Familienfrau / Betreuungs-
person / Bibliothekarin



**Olivier
Grossenbacher**
1973, Dürrenroth
Schulleiter



Joella Grunder
2006, Kirchberg
Fachmaturandin /
Servicemitarbeiterin



Corinne Gygax
1979, Grünenmatt
Kauffrau / Bäuerin / Geschäft-
führerin Schweizer Geflügelpro-
duzentenverband SGP



Christoph Hofer
1981, Schüpbach
Baumeister /
Unternehmer



Markus Iseli
1971, Hettiswil
Landwirt



Attila Kiss
1975, Kirchberg
Geschäftsführer, dipl.
Informatiker HF



Ernst Kühni
1966, Oberfrittenbach
Unternehmer



Andreas Kunz
1981, Kirchberg
Kaufmann / Technologe
in der Metallbearbeitung, ehem. Landwirt



Hans Oberli
1974, Schangnau
Käser / Rohstoffaufbereiter FA / Fachmann
Unternehmensführung



Michael Reber
1997, Bärau
Oberbauleiter
Infrastrukturbau



Ramon Ritter
2003, Schafhausen i.E.
Lastwagenführer /
Landmaschinenmechaniker



Thomas Röthlisberger
1989, Trub
Eidg. Dipl. Holzbau-Meister



Beat Singer
1967, Utzenstorf
Unternehmer /
Polygraf



Rudolf Sommer
1971, Wynigen
Landwirt



Bernhard Stucki
1971, Sumiswald
Betriebsleiter
Strassentransport



Jonas von Allmen
1993, Burgdorf
Rechtsanwalt



Monika Wyser
1973, Ersigen
Polizistin



Ulrich Zaugg
1968, Lützelflüh
T-Unternehmer /
Geschäftsführer



Adrian Zemp
1969, Kernenried
Unternehmer / Inf. Ing.
HTL/FH



Joel Zimmermann
2004, Ersigen
Mitarbeiter Recht &
Politik



Jürg Zürcher
1966, Trubschachen
Verkehrsexperte,
Gemeinderat



Markus Gerber
1972, Bellelay
Maître Agriculteur,
Maire



Anne-Caroline Gruber
1976, La Neuveville
Dr ès sciences
politiques, députée



Maxime Ochsenbein
1991, Bévilard
Educateur, député



Stève Blaesi
1973, Pontenet
Adjoint de chef
d'Office



Walter Habegger
1975, Créminal
Maître Agriculteur,
Membre du CJB



Aurélien Paroz
1998, Le Fuet
Forestier-bûcheron



Maël Schnegg
1987, Champoz
Chercheur, chargé de
cours



Steven Siegenthaler
1995, Mont-Soleil
Ingénieur agronome,
agriculteur



Ronald Sommer
1973, Monible
Agriculteur



Patrick Tobler
1984, Créminal
Polymécanicien ES



Christian Tschanz
1988, La Cibourg
Agriculteur et technicien
comptable



Claude-Alain Wüthrich
1966, Sonceboz-Sombeval
Agriculteur, maire

SVP-Geschäftsleitung wieder komplett

Mit der Wahl von Angel Okaside zum Plakatchef im Range eines Vizepräsidenten ist die Geschäftsleitung wieder vollständig.

An der DV vom 14. Januar wurde Angel Okaside per Akklamation zum neuen Plakatchef und Vizepräsidenten der SVP Kanton Bern gewählt.

Der 22jährige Thuner ist gelernter Fachmann Gesundheit EFZ und Leutnant der Schweizer Armee und arbeitet als politischer Mitarbeiter Kampagnen bei Pro Schweiz. Er engagiert sich im Vorstand der SVP Thun, der Offiziersgesellschaft Biel-Seeland und Thun und von Sport Thun. Bereits früher machte er sich einen Namen als Präsident des Jugendparlaments des Kantons Bern.

Die Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern freut sich auf die Zusammenarbeit mit Angel Okaside.



Unterstützen Sie die Werte der SVP!

Mit einer Spende oder einem Legat!

Wussten Sie, dass Sie **Spenden** an die SVP von den Steuern abziehen können?

Und wussten Sie, dass Sie die SVP und ihre Werte auch nach Ihrem Tod unterstützen können, nämlich mit einem **Legat**?

Wenn Sie der SVP testamentarisch ein Legat in Form eines Geldbetrags oder eines Sachwerts hinterlassen, stellen Sie sicher, dass diejenigen Werte, die Ihnen im Leben wichtig waren, weiterleben werden.

Die SVP Kanton Bern dankt Ihnen – jetzt und in Zukunft!

Interessiert?

Spendenkonto CH65 0900 0000 3000 2686 3

Für ein Legat kontaktieren Sie uns via
sekretariat@svp-bern.ch



Abstimmung vom 8. März 2026:
Findet der «nationale Zusammenhalt» vor der Glotze statt?

Die SRG-Spitze will uns glauben machen, dass sie den «nationalen Zusammenhalt» ermögliche. Das ist vermassen. Denn: **Seit wann definiert sich ein Staat über eine Zwangsabgabe?** Fakt ist, dass heute immer weniger Leute die Programme der SRG konsumieren – und das trotz massiv steigender Bevölkerungszahlen aufgrund der masslosen Zuwanderung in unser Land.

Die Schweizer Bevölkerung bezahlt heute die höchsten Radio- und Fernseh-Gebühren weltweit. Hinzu kommen noch Beiträge von Unternehmen, obwohl eine Firma überhaupt gar keine Medien konsumieren kann, da es über keine Ohren und Augen verfügt. Die heutigen Beiträge sind überrissen hoch und nicht mehr zeitgemäß. **Die «SRG-Initiative» will die Gebühren für Privathaushalte auf 200 Franken pro Jahr beschränken und Unternehmen künftig gänzlich davon befreien.**

Die Initiative bedeutet **eine echte und spürbare Entlastung für alle Haushalte und für das Gewerbe**. Es ermöglicht der SRG auch künftig, eine mediale Grundversorgung sicherzustellen. Sie muss sich aber auf ebendiese beschränken und den Rest privaten Medienanbieter überlassen! Das stärkt die Medienvielfalt und die Auswahl für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Stimmen Sie am 8. März 2026:

SRG 200.- sind genug! JA

Sandra Schneider Grossrätin & Stadträtin, Biel/Bienne



Einladung zum **SVP UDC**

Treberwurst-Essen

Samstag, 14. Februar 2026, ab 19:00 Uhr

Brennerei + Weinbau Hazeraj, Hauptstrasse 13, 2514 Ligerz

Jetzt anmelden: Tel./SMS 079 685 01 17 oder b.lamprian@gmx.net

Die Grossratskandidaten Janik Schwab, Sandra Schneider und Bernhard Lamprian laden Sie herzlich zum Treberwurst-Essen ein. **Geniessen Sie die Bielersee-Spezialität à discretion mit Kartoffelgratin** zum Preis von 32 Franken p. P.

Damit die Schweiz **Schweiz bleibt**: Nationalrat Manfred Bühler, Präsident der SVP Kanton Bern, wird am Anlass über die aktuelle Weltlage berichten. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an unserem Anlass und auf zahlreiche interessante Gespräche. Es sind alle herzlich willkommen!



Janik Schwab

Sandra Schneider

Bernhard Lamprian

Manfred Bühler

Ihre drei SVP-Kandidaten für die Region Biel-Seeland am 29. März 2026 in den Grossen Rat – je 2x auf Ihre Liste!

Nationalrat, Präsident SVP Bern

Packen wir bei den kantonalen Wahlen die Chance: Sorgen wir für mehr SVP in der Bildungspolitik!

Bei den kommenden kantonalen Wahlen haben wir die Chance, das Ruder in der Bildungspolitik herumzureißen und die Schule aus der Krise zu führen. Die heutige Schule bereitet nicht mehr auf das Leben vor und gibt unsere bewährten Schweizer Werte nicht mehr weiter! Das müssen wir ändern!



Wir dürfen die alarmierenden Zahlen nicht länger ignorieren: Die PISA-Studie 2022 bestätigt einen deutlichen Leistungsabfall in den grundlegenden Kompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Seit 2015 hat sich die Situation markant verschlechtert:

- Der Anteil leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler ist von 16% (2015) auf 19% (2022) gestiegen.
- Der Anteil leistungsstarker Schülerinnen und Schüler ist im gleichen Zeitraum von 19% auf 16% gesunken.
- Besonders alarmierend ist die Lesekompetenz: 2015 verfehlten 20% der Jugendlichen das Mindestniveau. 2022 waren es bereits 25%.

Das bedeutet: Jeder vierte Jugendliche in der Schweiz kann nicht ausreichend lesen, um eine Lehre oder weiterführende Ausbildung erfolgreich zu absolvieren. Dies erstaunt nicht angesichts der Tatsache, dass gemäss PISA nur noch rund 50% der Kinder zu Hause ausschliesslich eine Landessprache sprechen. Der kantonale Durchschnitt sehr heterogener Klassen liegt bei 42%, im bevölkerungsreichen Wahlkreis Bern-Mittelland sogar bei 47%.

Steigende Kosten trotz sinkender Leistung

Während die Leistungen zurückgehen, explodieren die Ausgaben: Die Kosten für

die Volksschule im Kanton Bern stiegen von 1,3 Mia. Franken (2013) auf 1,96 Mia. Franken (2023) – ein Plus von über 50%! Im gleichen Zeitraum wuchs die Schülerzahl lediglich um rund 18% (von ca. 100'000 auf 118'000). Wir investieren also immer mehr Geld in ein System, das immer schletere Ergebnisse liefert. Diese Entwicklung ist nicht länger tragbar.

Ursachen klar benennen

Ein zentraler Faktor ist die hohe Zuwanderung. Sprachdefizite, Disziplinarprobleme und kulturelle Spannungen sind keine Einzelfälle, sondern in vielen Gemeinden Teil des Schulalltags geworden. Einige Schulen sehen sich sogar veranlasst, auf Weihnachtsfeiern zu verzichten. Aus Sicht der SVP ist jedoch klar: Schweizer Werte, christliche Traditionen und einheimische Bräuche gehören zur Volksschule und müssen aktiv vermittelt werden. Erfreulicherweise wurde im letzten Sommer eine entsprechende SVP-Motion im Grossen Rat überwiesen.

Die Volksschule wurde auch durch ideologische Reformen geschwächt. Der Lehrplan 21 hat den Fokus vom Wissen auf schwer überprüfbare Kompetenzen verlagert und den administrativen Aufwand für Lehrpersonen und Schulleitungen massiv erhöht. Der integrative Unterricht ist



vielerorts gescheitert: Kinder mit besonderem Förderbedarf wie auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler werden gleichermaßen ausgebremst.

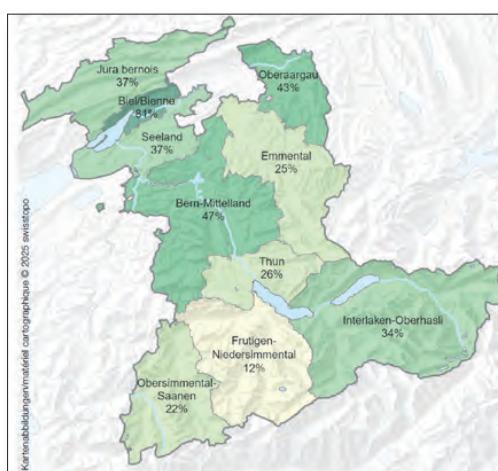
Sprache ist der Schlüssel

Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist die Grundvoraussetzung für schulischen Erfolg und gelingende Integration. Wo Sprach- oder Entwicklungsdefizite den Unterricht beeinträchtigen, braucht es separate Förder- oder Sprachklassen statt ein System, das alle Beteiligten überfordert. Herausfordernd für den Unterricht ist auch die Digitalisierung. Immer mehr Schülerinnen und Schüler verbringen einen wesentlichen Teil ihrer Zeit in der Schule und in der Freizeit am Bildschirm. Hier braucht es einen Umgang mit Augenmass, um die Fachkräfte von morgen auf den Berufsalltag vorzubereiten.

Leistung fördern und Berufsbildung stärken Es braucht klare Leistungsbeurteilungen mit Fokussierung auf Noten als Grundlage für gezielte Förderung und Berufsorientierung. Lesen, Schreiben und Rechnen sind auch im digitalen Zeitalter eine wichtige Grundlage. Gleichzeitig ist die Verakademisierung zu bremsen. Das duale Bildungssystem hat sich bewährt und ist hochzuhalten. Handwerkliches Know How ist ebenso wichtig und spannend wie digitale Skills, dies ist auch so zu vermitteln.

Jetzt braucht es eine klare Kurskorrektur
Die Schweizer Volksschule muss wieder zu einem Ort werden, der unsere Kinder auf das Leben vorbereitet und unsere bewährten schweizerischen Werte vermittelt. Dafür setzen sich die SVP Frauen ein! Dabei hat aber auch zu gelten, dass Eltern, die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, nicht benachteiligt werden dürfen.

Daria Winkelmann-Rösti,
Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern,
Siselen



Kunstmuseum Bern – 14'252 Unterschriften gegen Luxusprojekt eingereicht

Am 28. Januar hat ein überparteiliches Referendumskomitee die Unterschriften gegen den Kantonsbeitrag zum Projekt «Zukunft Kunstmuseum Bern» der Staatskanzlei übergeben. Getragen wird das Komitee von Vertreterinnen und Vertretern der SVP, GLP und EDU sowie von parteiunabhängigen Persönlichkeiten. Damit kommt das Geschäft vors Volk.

Insgesamt hat das Komitee in nur drei Monaten 14'252 beglaubigte Unterschriften gesammelt, womit das erforderliche Quorum von 10'000 Unterschriften deutlich überschritten wurde. Das zeigt, dass die Kritik am 147-Millionen-Luxusprojekt von der breiten Bevölkerung geteilt wird. Das Referendum richtet sich nicht gegen Kultur und nicht gegen das Kunstmuseum. Es richtet sich gegen ein unausgewogenes, überdimensioniertes Bauprojekt in einer Zeit, in der der Kanton Projekte streichen oder



aufschlieben muss – etwa bei Schulen, bei der Infrastruktur oder in der Gesundheitsversorgung ganzer Regionen. Unbestritten ist der Sanierungsbedarf des bestehenden Gebäudes. Günstigere Alternativen wurden aber nie unabhängig geprüft.

Mit dem Referendum soll die Bevölkerung entscheiden können, ob sie dieses Projekt in dieser Form und in dieser Größenordnung mittragen will. Voraussichtlich entscheidet das Berner Volk am 14. Juni 2026.

BEWÄHRT.

Raphael
LANZ



bisher
Pierre Alain
SCHNEGG



bisher
Astrid
BÄRTSCHI



bisher
Philippe
MÜLLER



Daniel
BICHSEL



Am 29. März 2026
in den Regierungsrat!

